

FDP steht für mehr Wachstum in Schleswig-Holstein Parteitag beschloss Wahlprogramm

Neumünster – Nein zum Ausbau des Kieler Flughafens, ja zu einer Schienenanbindung Fuhlsbüttels. Nein zu weiteren Gesamtschulen, ja zum dreigliedrigen Schulsystem. Vier Monate vor der Landtagswahl: Die FDP beschließt ihr Wahlprogramm.

Ein ganz normaler Parteitag – wenn da nicht die Sparkassen gewesen wären. Die persönlichen Entscheidungen für die Landtagswahl hatten die Liberalen bereits auf ihrem Listenparteitag im Juni getroffen. Die 200 Delegierten, die am Sonnabend in die Stadthalle von Neumünster strömen, wissen also, dass sie vor allem harte Programmarbeit erwartet. An die 350 Änderungsanträge liegen auf dem Tisch.

Doch bevor es losgeht, will der Parteitag in Schwung gebracht werden. Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki holt deshalb zum Rundumschlag gegen die "rot-grüne Trümmertruppe" aus. Sie sei schuld, dass Schleswig-Holstein zurückgefallen sei. "Wir sind das beste der ostdeutschen Länder, aber das schlechteste der westdeutschen", stellt Kubicki in seiner Rede fest. Mit dem Wunschkoalitionspartner geht er dagegen glimpflich um: Die CDU habe bisher eher Wahlkampf gegen sich selbst gemacht. Wenn die Union aber beim Wechsel dabei sein wolle, "wäre sie wirklich nicht voreilig, wenn sie jetzt mit dem Wahlkampf gegen Heide Simonis beginnen würde".

Wirklich kämpferisch wird es erst, als Kubicki zu einem Thema kommt, das ihm seit Jahren am Herzen liegt: die Teilprivatisierung öffentlich-rechtlicher Sparkassen. Dass die sich nun mit Flugblättern wehren, bringt den Liberalen in Rage. Es seien die "hoch bezahlten" Funktionäre, die sich Sorgen machten. "Sie fürchten ihren Einfluss und ihre Macht zu verlieren – und ihre Spitzengehälter", so der Fraktionschef. Doch



Wandern jetzt schon die Kühe aus? "Es ist höchste Zeit für einen Wechsel in der Politik", meint Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki, der auf dem Parteitag in Neumünster ein Wahlkampfmotiv der Liberalen enthüllte.

den "grauen Verbandseminenzen" will er sich nicht beugen. "Demokraten weichen nicht, freie Demokraten schon gar nicht", ruft er unter dem Beifall der Delegierten. Die Möglichkeit, Sparkassen in Aktiengesellschaften zu verwandeln und Minderheitsbeteiligungen zu verkaufen, ist zwar nicht unumstritten. Doch die Partei folgt den Plänen und nimmt damit den Fehdehandschuh mit den Sparkassen auf.

Auch in anderen Programmpunkten zeigen sich die Liberalen einig: Es bleibt beim klaren Bekenntnis zum dreigliedrigen System

aus Hauptschulen, Grundschulen und Gymnasien, für das die FDP mehr Geld ausgeben will. Insbesondere für zusätzliche Lehrer: "Mindestens 1000", heißt es.

Um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, soll dafür an anderer Stelle kräftig gespart werden. Die Subventionen des Landes sollen pauschal um zehn Prozent gekürzt werden. Außerdem will die FDP die Landesanteile an der HSH Nordbank verkaufen.

Fortsetzung Seite 4

In dieser Ausgabe:

FDP steht für mehr Wachstum in Schleswig-Holstein, Parteitag beschloss Wahlprogramm • Wolfgang Kubicki: Sparkassen erhalten - für den Wettbewerb stärken • Dr. Halima Alaiyan: „Vertreibung aus dem Paradies“, Autorin aus Palästina las im Landeshaus aus ihrer Autobiografie • "Genscher in Ostholstein" • **Wahlkampf-Termine 2005**

Dr. Halima Alaiyan: „Vertreibung aus dem Paradies“

Autorin aus Palästina las im Landeshaus aus ihrer Autobiografie

Europa und der Nahe Osten sind auf vielfältige Weise besonders eng miteinander verbundene Regionen. Der Nahe Osten hatte maßgeblichen Anteil an der Entwicklung dessen, was heute europäische Kultur ist. Um so mehr ist die Stabilität des Nahen Ostens und der gesamten Region für eine friedliche und erfolgreiche Entwicklung Europas entscheidend. Niemand kann in Ruhe leben, wenn seine Nachbarn von politischer und sozialer Unsicherheit bedroht sind. Einen solchen Frieden im Nahen Osten können die Beteiligten aber nur selber schließen. Und hierbei können und wollen wir gerne helfen.

Auch Europäer mussten vor über fünfzig Jahren vollkommen neu beginnen. Deutschland wurde von seinen Nachbarn in Europa, aus dessen humanistischer Tradition es sich selbst ausgeschlossen hatte, wieder aufgenommen - zu-

nächst mit verständlichem Misstrauen, dann aber im Geiste der Nachbarschaft, der zum Schlüssel der europäischen Einigung wurde. Kann die europäische Erfahrung ein Muster sein, das auch in anderen Weltteilen erprobt werden könnte, auch in Israel und im gesamten Nahen Osten? Das ist eine oft gestellte Frage. Konflikte sind nicht vergleichbar; die Lösung eines Konfliktes kann nur selten zur Blaupause für die Lösung anderer Konflikte werden.

Einen Schluss dürfen wir aber ziehen: Aus Kriegen heraus zu einem geordneten Zusammenleben zu kommen, ist jenseits aller Verträge nur durch Einigung auf einen gemeinsamen Grundgedanken möglich: Es gilt, nationale Egoismen in produktives gemeinsames Handeln umzuwandeln.

Das ist der Kern des europäischen Erfolges. Aus vermeintlicher Unversöhnbarkeit kann ein geregeltes Nebeneinander und schließlich ein Miteinander entstehen. Natürlich verbieten die Besonderheiten im Nahen Osten vom europäischen Einigungswerk voreilig auf die Lösung der israelisch-arabischen Gegensätze zu schließen.



Dr. Halima Alaiyan (l.) und Veronika Kolb, MdL: *„Ein hervorragender Beitrag für die Verständigung im Nahen Osten.“*

Dennoch können wir aus der Vergangenheit lernen, dass es eine „ewige“ Feindschaft nicht geben muss und darf.

Geschichte kann auch gelingen! Damit dies gelingt, ist es vor allem wichtig, dass sich die junge israelische und palästinensische Generation kennen lernt, sich gemeinsam mit der Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzt und eine gemeinsame Zukunft sucht. Gerade junge Menschen sind wahrhaftige Botschafter ihres Landes. Und ohne den Umgang unter den Kindern beider Gebiete wird sich die Zukunft aller im Nahen Osten nicht so entwickeln können, wie wir uns das wünschen.

Um so mehr beeindruckt mich das Engagement von Frau Dr. Halima Alaiyan, die ihr persönliches Schicksal mit ihrer Stiftungs-

initiative verbunden hat, Möglichkeiten der Begegnung und des Kennenlernens israelischer und palästinensischer Kinder in Deutschland zu schaffen.

Welches Deutschland können israelische und palästinensische Jugendliche heute kennen lernen? Die Bundesrepublik Deutschland ist eine lebendige, pluralistische Demokratie. In unserem Gemeinwesen können sich Minderheiten entfalten; unterschiedliche Kulturen finden vielfältige Ausdrucksformen. Manche nennen unser Land multireligiös und multikulturell. Natürlich erleben wir auch Fremdenfeindlichkeit, Integrationsprobleme, und es gibt auch Antisemitismus. Das zu leugnen, wäre falsch und gefährlich. Hier stehen wir weiterhin vor großen Aufgaben. Manchmal sind diese Probleme aber gerade da am geringsten, wo es die meisten Bürger nicht-

deutscher Herkunft gibt, zum Beispiel in den Ballungszentren Westdeutschlands. Einen Fremden zu hassen, fällt eben allemal leichter, wenn man ihn nicht kennt. Deutschland will ein offenes, liberales und gastfreundliches Land sein, in dem Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen ihren Platz haben und zusammenleben können.

Das setzt die Bereitschaft zur guten Nachbarschaft voraus, die sich im Alltag bewähren muss. Wenn wir alle hier in Deutschland einen Beitrag dazu leisten können, dass palästinensische und israelische Kinder außerhalb ihres Landes die Normalität des Alltags erleben dürfen und so bei allen kulturellen, historischen und religiösen Unterschieden gemeinsame Werte – das Verbindende – finden, dann ist viel erreicht.

Wolfgang Kubicki:

“Sparkassen erhalten - für den Wettbewerb stärken”

Interview mit dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion zur Initiative der Liberalen, die Teilprivatisierung der Sparkassen in Schleswig-Holstein zuzulassen.

LD: Wie sehen die Pläne der FDP zur Öffnung der Sparkassen konkret aus?

Wir wollen den Eigentümern der Sparkassen die Möglichkeit geben, ihre Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und eine maximale Beteiligung Dritter in Höhe von 49% zuzulassen, und damit ihre Sparkassen für zusätzliches Kapital zu öffnen. Ob sie es dann tun, ist ihre Sache. Die öffentliche Hand, sprich die Kommunen, hat für die Stärkung ihrer Institute kein Geld mehr. Wenn die Sparkassen aber weiter ihre Kundinnen und Kunden ordentlich und erfolgreich betreuen wollen, dann brauchen sie zusätzliches Kapital. Die Funktionäre des Sparkassen- und Giroverbandes versuchen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Kunden mit falschen Informationen einzureden, dass dies das Ende der Sparkassen wäre. Alle ihre Szenarien von Geschäftsstellenschließungen und Entlassungen bis hin zur Verteuerung der Dienstleistungen durch neue, private Kapitalgeber sind Blödsinn. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die FDP-Vorschläge stärken die Sparkassen.

LD: Was sind die Vorteile?

Die FDP will, dass die Wirtschaft wieder wächst. Weil wir nur über wirtschaftliches Wachstum wieder mehr Beschäftigung erreichen. Das ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass wir die Probleme im Gesundheitswesen, im Sozialbereich und bei der Rente überhaupt lösen. Für wirtschaftliches Wachstum brauchen wir eine gute Kreditversorgung, vor allem des Mittelstandes. Was nützt die beste Sparkasse, wenn sie nicht genug Geld hat, um die Kreditwünsche des Mittelstandes zu befriedigen? Jeder, der die Situation des Mittelstandes kennt, weiß, dass den Unternehmen am besten gedient ist, wenn sie eine starke, kapitalkräftige Bank an ihrer Seite haben. Darum geht es. Im übrigen kann eine kapitalkräftige Bank Bankdienstleistungen wesentlich günstiger anbieten. Das ist gut für die Kunden.

LD: Gibt es Nachteile?

Es gibt keine Nachteile. Alle Daten zeigen, auch die aktuellen Daten der rot-grünen Landesregierung, dass die Sparkassen auf dem Rückzug sind. Wir wollen, dass sie wieder in die Offensive kommen, zum Wohl ihrer Kunden und für eine bessere Wirtschaftsentwicklung. Nur zusätzliches Kapital wird diese positive Entwicklung einleiten und unsere Sparkassen im Land stärken. Dieses zusätzliche Kapital muss aber von außen kommen. Denn die Kommunen haben doch heute schon kein Kapital mehr, das sie ihren Sparkassen zur Verfügung stellen könnten. Es sei denn, sie verpfänden ihren letzten Besitz. Der Kreis Segeberg wurde dazu gezwungen, um die Folgen der öffentlich-rechtlichen Misswirtschaft zu begrenzen, die zu massivem Stellenabbau und Schließung von Filialen geführt hat. Das will die FDP nicht.

LD: Wie beurteilen Sie die CDU-Position?

Die Union ist auf dem richtigen Weg, wird aber ihren Vorschlag juristisch überarbeiten müssen.

LD: Warum?

Man kann den Kreis derjenigen, die sich beteiligen wollen, nicht juristisch begrenzen. Faktisch begrenzen kann man den Kreis schon, denn es liegt doch in der Hand des Eigentümers, an wen er seine Anteile verkauft.

LD: Warum sollte man kleine, erfolgreiche Sparkassen privatisieren?

Niemand will erfolgreiche Sparkassen privatisieren. Sie sollen bloß die Möglichkeit bekommen, wenn sie es denn wollen, finanzkräftige Partner mit ins Boot zu holen, die sie im Wettbewerb weiter stärken können. Die privat organisierte Spar- und Leihkasse Bredstedt in Nordfriesland hat gerade eine Beteiligung der privat organisierten Hamburger Sparkasse (Haspa) hereingenommen. Der Bredstedter Direktor, Andreas Hinrichs, stellt fest, dass mit der Haspa der finanzkräftige Partner für seine kerngesunde Sparkasse, die satte Zuwachsraten schreibt, gefunden wurde.



FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki will die Sparkassen mit zusätzlichem Eigenkapital im Wettbewerb unterstützen.

Außerdem wurde ihre Selbstständigkeit gesichert und die 70 Arbeitsplätze erhalten. Im Falle einer Fusion mit einer anderen öffentlich-rechtlichen Sparkasse wären nach seiner Ansicht die Arbeitsplätze gefährdet gewesen.

Noch einmal: Je besser die Eigenkapitalausstattung der Sparkassen ist, desto besser für die Bank und ihre Kunden. Darum geht es.

LD: Wie sieht die Rolle der HASPA in diesem Zusammenhang aus?

Die Haspa ist eine private Aktiengesellschaft; sie ist sehr erfolgreich. In Hamburg ist weder der Notstand ausgebrochen, noch gibt es eine schlechte Versorgung mit Bankdienstleistungen. Die Haspa hat sich an drei Sparkassen in Schleswig-Holstein bereits beteiligt. In Rendsburg, in Lübeck und in Bredstedt. Alle drei Sparkassen, die eine private Rechtsform aufweisen, sehen die Beteiligung der Haspa durchweg positiv, denn sie sehen sich für den Wettbewerb und für ihre Kunden gestärkt. Eine solche positive Zukunft will die FDP für die anderen Sparkassen in Schleswig-Holstein auch.

Fortsetzung von Seite 1

Unter dem Motto "Aufbau Nord" soll alles dafür getan werden, dass die Wirtschaft wieder wächst. Dazu zählen unter anderem der weitere Bau der A20, der Ausbau der A7, aber auch die feste Fehmarnbelt-Querung. Der Parteitag entscheidet sich gegen den Ausbau des Flughafens Holtenau, beschließt mit dem Wahlprogramm aber ein norddeutsches Flughafenkonzept auszuarbeiten.

Auch in der Innenpolitik ist die Lage klar: Anders als die Union lehnen die Liberalen Videoüberwachung und schärfere Gesetze ab. Sie fordern die Legalisierung weicher Drogen und können sich vorstellen, Hasch in staatlich kontrollierten Stellen abzugeben. Einig sind sich FDP und CDU hingegen in einem anderen Punkt: Trotz knapper Gelder soll die Reiterstaffel der Polizei wieder her.



„Wenn ich die beiden großen Parteien nicht versteh', dann wähl' ich FDP.“ Bauernverbandspräsident Otto Dietrich Steensen am Ende seines Grußwortes auf dem Parteitag der FDP

US Praktikum vermittelt

Walter Klitz (links), Leiter des transatlantischen Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Washington, D.C., gemeinsam mit Johannes Tratzmiller vor dem Weißen Haus. Herr Tratzmiller konnte, vermittelt durch die Landtagsabgeordnete Veronika Kolb, ein mehrwöchiges Praktikum in den USA absolvieren.

Wahlkampf-Termine 2005

- Donnerstag **06. Januar 2005** Neujahrsempfang des FDP-Landesverbandes und der Landtagsfraktion in Kiel mit Hans-Dietrich Genscher
- Freitag **07. Januar 2005** Wahlkampf-Auftaktveranstaltung, Neumünster, Stadthalle
- Mittwoch **09. Februar 2005** Guido Westerwelle in Schleswig-Holstein
- Donnerstag **17. Februar 2005** Wahlkampfabschlussveranstaltung in Kiel Halle 400 mit Guido Westerwelle und Silvana Koch-Mehrin
- Sonntag **20. Februar 2005** Landtagswahl
- Freitag **25. Februar 2005** Landeshauptausschuss

Genscher in Ostholstein

Eine angenehme Überraschung erlebten die Mitglieder der FDP-Kreistagsfraktion: Unerwartet erhielten sie Besuch vom FDP-Ehrenvorsitzenden und ehemaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der im Hotel Seeschlößchen in Timmendorfer Strand einige Urlaubstage mit seiner Familie verbrachte.

Für die Mitglieder der Kreistagsfraktion



war es ein besonderes Erlebnis, mit dem Ehrenvorsitzenden über aktuelle politische Themen zu diskutieren. In gelöster Atmosphäre ging Genscher nicht nur auf die Fragen ein, sondern gab auch einige amüsante Begebenheiten aus seinem langjährigen politischen Leben zum besten. "Beeindruckend war, wie intensiv Hans-Dietrich Genscher auch nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik das Tagesgeschehen beobachtet und begleitet", so der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Manfred Breiter.